

Stadtzürcher Volksabstimmung vom 27. September

Mehr Wärmepumpen und weniger Heizöl

Kredit zum Ausbau der EWZ-Energiedienstleistungen

Das EWZ-Geschäftsfeld Energiedienstleistungen soll mit einem Rahmenkredit in der Höhe von 180 Millionen Franken ausgebaut werden. Das Parlament hat dem städtischen Anliegen mit Ausnahme der SVP deutlich zugestimmt. Das letzte Wort hat das Volk am 27. September.

ami. Das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (EWZ) führt seit gut sechs Jahren den Bereich Energiedienstleistung, der in erster Linie aus dem sogenannten Energie-Contracting besteht. Das EWZ plant, baut und betreibt mit anderen Worten für seine Vertragspartner umweltschonende Heizungen oder Kälteanlagen in Wohn- und Dienstleistungsgebäuden. Ziel ist es, mit den Energieversorgungsanlagen Wärme oder Kälte besonders ressourcen- und umweltschonend zu produzieren. Und mindestens 50 Prozent der über die EWZ-Anlagen verkauften Energie sollen CO₂-frei oder CO₂-neutral hergestellt werden.

Hohe Nachfrage

Dass die Energiedienstleistungen nun gleich Mittel in der Höhe von 180 Millionen Franken benötigen, begründet die Stadt mit der grossen Nachfrage. Der im Jahre 2003 bewilligte Rahmenkredit von 75 Millionen Franken war bereits Anfang 2007 ausgeschöpft. Das städtische Parlament bewilligte darauf in eigener Kompetenz noch im gleichen Jahr weitere 20 Millionen Franken und 2008 sogar zwei Rahmenkredite von erneut je 20 Millionen Franken. Die Stadt versichert in der Abstimmungszeitung, dass die nun beantragten 180 Millionen Franken für die nächsten fünf bis acht Jahre reichen sollten.

Das EWZ wird dank dem Kredit nicht nur finanziell flexibler sein, sondern auch bei den Projekten selbst über mehr Spielraum verfügen. Der Gemeinderat hatte im vergangenen Juni den Leistungsauftrag an das EWZ derart abgeändert, dass nicht mehr die einzelnen Projekte über die jeweilige Vertragsdauer von 15 bis 30 Jahren eigenwirtschaftlich sein müssen. Ab 2015 besteht lediglich die Vorgabe, dass das gesamte Geschäftsfeld Energiedienstleistungen eigenwirtschaftlich sein muss. Damit kann das EWZ gewisse ökologisch wertvolle Projekte trotz deren fehlender Eigenwirtschaftlichkeit durchführen.

Zu den bereits realisierten Projekten gehören etwa der Energieverbund Fraumünster, bei dem der Zürichsee als Energiequelle zum Heizen und

Kühlen verwendet wird, oder das Postzentrum Mülligen, bei dem das gereinigte Abwasser der Abwasserreinigungsanlage Werdhölzli als Energiequelle dient. Mit den bis heute bewilligten Projekten lässt sich laut der Stadt der CO₂-Ausstoss um 29 000 Tonnen reduzieren, damit können rund 11 Millionen Liter Erdöl eingespart werden. Die Stadt schätzt das Marktpotenzial für das Energie-Contracting allein im Grossraum Zürich auf rund 90 Millionen Franken pro Jahr. Ausserdem dürften sich steigende Preise von Erdöl und Gas sowie die volatilen Energie- und Rohstoffpreise positiv auf die Nachfrage auswirken.

Parlament hat fast keine Bedenken

Beim Gemeinderat stiess der neuerliche Ausbau des Rahmenkredits auf offene Ohren. Lediglich die SVP stemmte sich dagegen. Sie wirft dem EWZ vor, sich in den Markt einzumischen. Ausserdem missfällt der Partei, dass die Energieanlagen jeweils im Besitz des EWZ sind und mit den Kunden lediglich langfristige Energielieferverträge abgeschlossen werden. Damit erhalte der Staat zu viel Kontrolle, monierten SVP-Politiker in der Gemeinderatsdebatte. Die anderen Parteien entgegneten, dass im Energiebereich praktisch alle Firmen im Besitz der öffentlichen Hand seien. Ausserdem flössen über die Projekte mehr als 90 Prozent des Kredites ins Gewerbe, konkret in Firmen, die beispielsweise Energieerzeugungsanlagen herstellen, in ausführende Betriebe in den Bereichen Heizung, Klima, Kälte, Sanitär oder Lüftung sowie in Planungsunternehmen unterschiedlichster Sparten.

Einen Wermutstropfen machen auch die Grünen aus. So monieren sie, dass bei 113 von 137 Energieversorgungsanlagen, die das EWZ gebaut hat, Wärmepumpen zum Einsatz kämen. Diese seien zwar Ölheizungen vorzuziehen, doch sie verbrauchten Strom. Die Grünen fordern, mehr Anlagen mit Sonnenkollektoren zu erstellen.

Die Position der NZZ

zz. Die 180 Millionen Franken für die EWZ-Energiedienstleistungen ermöglichen es, den Bau umweltschonender Anlagen weiter voranzutreiben. Dies ist aus ökologischer Sicht sinnvoll. Zudem fliesst das Geld zu über 90 Prozent ins Gewerbe, das die Anlagen erstellt. Das betreffende EWZ-Geschäftsfeld muss ab 2015 eigenwirtschaftlich sein. Die NZZ empfiehlt ein Ja.